



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

15. März 2021

Äquatorialguinea

Zahlreiche Tote und Verletzte bei Explosion in einer Kaserne

Bei einer Explosion im Nkoa Ntoma Militärlager in der wirtschaftlich wichtigen Stadt Bata am 07.03.21 sind nach letzten Zählungen 105 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 600 Personen wurden verletzt. Staatspräsident Teodoro Obiang Nguema Mbasogo, der das Land seit 1979 regiert, warf dem Militär Fahrlässigkeit bei der Lagerung von Munition vor. Am 12.03.21 wurde eine Trauerfeier für die Opfer der Explosion abgehalten.

Afghanistan

Ernährungslage

Laut einem Bericht des Famine Early Warning Systems Network (FEWS-NET) befindet sich im Februar 2021 der größte Teil Afghanistans in Stufe zwei „Stressed“ der IPC-Skala (in Stufe Drei „Crisis“ befinden sich die Provinzen Badakhshan, Nuristan, Samangan, Ghor, Daikundi, Bamiyan, Ghazni, Wardak und Uruzgan sowie kleine Teile anderer Provinzen). Die Integrated Food Security Phase Classification (IPC) reicht von „Minimal“ über „Stressed“, „Crisis“ und „Emergency“ bis hin zu „Famine“. Die kumulierte Niederschlagsmenge der letzten Regenzeit (Oktober 2020 bis Februar 2021) sei aufgrund des Wetterphänomens El Nino deutlich unterdurchschnittlich gewesen, was zu Ernteaussfällen führen könnte. In der Vorhersage für Februar bis September 2021 wird deswegen in fast ganz Afghanistan die Stufe drei erwartet, mit Ausnahme der Provinzen im Osten und Teilen der Mitte des Landes (Nangarhar, Kunar, Ghazni, Bamiyan, Wardak, Logar, Parwan, Kabul, Kapisa, Laghman und Panjshir). Hinzu kommt, dass sich auch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie seit März 2020 viele Lebensmittelpreise, bei gleichzeitig sinkender Kaufkraft von Gelegenheitsarbeitern und Viehhaltern, deutlich erhöht haben. Viele Haushalte haben Kredite aufgenommen, um Nahrungsmittel kaufen zu können.

Risikoliste des US-Sonderberichterstatters für Wiederaufbau

Der US Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction (SIGAR) übt in seiner im März 2021 veröffentlichten „2021 High-Risk List“ zum Teil deutliche Kritik an der afghanischen Regierung und stellt u.a. fest, dass Afghanistan nach wie vor nicht annähernd in der Lage sei, sich selbst zu versorgen. Insbesondere staatliche Aufgaben, einschließlich Militär und Polizei, könnten nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden, ebenso wenig Infrastrukturprojekte wie Straßenbau oder Energieversorgung. Weitere große Problemfelder seien der illegale Drogenhandel, der selbst von der COVID-19-Pandemie unbeeinträchtigt blieb, und die endemische Korruption, gegen die nicht entschlossen vorgegangen werde. Darüber hinaus sei die weitere Finanzierung des Landes nach einem möglichen Friedensabkommen unsicher, die Wiedereingliederung von geschätzten 55.000 bis 85.000 Talibankämpfern nicht geklärt und die Rechte von Frauen durch eine wie auch immer geartete zukünftige Regierung bedroht.

Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer

Am 06.03.21 wurden in der Stadt Lashkargah (Provinz Helmand) drei Menschen durch einen Anschlag getötet, darunter ein für den Geheimdienst zuständiger Staatsanwalt der Provinz.

Am 11.03.21 wurde in der Stadt Gardez in der Provinz Paktia der lokale Staatsanwalt durch einen bewaffneten terroristischen Angriff getötet. Bisher bekannte sich niemand zu der Attacke.

In Herat explodierte am 12.03.21 eine Autobombe vor einem Außenposten der Polizei. Dabei wurden sieben Menschen getötet (auch Zivilisten) und 60 verletzt. Niemand bekannte sich zu dem Anschlag.

Am 14.03.21 wurde in der Stadt Jalalabad in der Provinz Nangarhar ein Polizist von einem unbekanntem Schützen getötet. Dabei wurde auch die Waffe des Polizisten entwendet. Am selben Tag wurden in Kabul drei Zivilisten bei zwei voneinander unabhängigen Explosionen getötet und 12 weitere verletzt. Beide Anschläge betrafen Reisebusse. Nach Recherchen der New York Times wurden im Februar 2021 mindestens 257 auf Regierungsseite stehende Kräfte und 66 Zivilisten getötet (Stand: 25.02.21).

Lage von Frauen

Am 10.03.21 verbot das afghanische Bildungsministerium (MoE) Mädchen ab zwölf Jahren das Singen der Nationalhymne - oder anderer Gruppenlieder - in Gesellschaft mit dem anderen Geschlecht. Die Unabhängige Menschenrechtskommission Afghanistans (AIHRC) hat dies als Eingriff in die Meinungsfreiheit und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verurteilt. Das Bildungsministerium sei wiederholt durch seine konservative Haltung aufgefallen. Am 13.03.21 revidierte das MoE aufgrund des öffentlichen Drucks seine Entscheidung in einer Pressemitteilung und gab an, eine Untersuchung einzuleiten.

Die Zahl von weiblichen Angestellten in Medienunternehmen hat sich laut einem Bericht des Journalists' Safety Committee vom 08.03.21 von März 2020 bis heute von 1.678 auf 1.377 und somit um 18 % reduziert. Viele Frauen hätten aufgrund vermehrter Anschläge gegen ihre Zielgruppe die Arbeit aufgegeben.

Algerien

Vorgezogene Neuwahl terminiert

Staatspräsident Abdelmadjid Tebboune kündigte an, dass die nächsten Parlamentswahlen am 12.06.21 stattfinden sollen. Aufgrund zahlreicher Protestmärsche und Demonstrationen in den vergangenen Wochen hatte er am 21.02.21 die Auflösung des Parlaments und die daraus resultierende Neuwahl verfügt (vgl. BN v. 22.02.21).

Benin

COVID-19-Pandemie: Impfstoff eingetroffen

Am 10.03.21 erhielt Benin die ersten 144.000 Impfdosen durch die COVAX-Initiative. Bis Mai 2021 sollen insgesamt 792.000 Impfdosen geliefert werden. Zunächst sollen u.a. Bedienstete des Gesundheitswesens und Personen über 60 Jahre geimpft werden.

Bolivien

Frühere Präsidentin Áñez in Haft

Die konservative Ex-Präsidentin Jeanine Áñez Chavez wurde am 13.03.21 unter dem Vorwurf des „Terrorismus“ und des „Aufruhrs“ festgenommen. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen Áñez im Zusammenhang mit einem angeblichen Putsch gegen den langjährigen früheren Staatschef Evo Morales erlassen. Áñez hatte das Amt im November 2019 übergangsweise übernommen, nachdem Morales nach Massenprotesten und unter dem Druck des Militärs wegen Manipulationsvorwürfen bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2019 zurückgetreten war (vgl. BN v. 11.11.19). Áñez bezeichnete das Vorgehen als „politische Verfolgung“. Auch die Haftbefehle gegen zwei Minister aus Áñez' Übergangsregierung wurden vollstreckt.

Um einer eigenen Strafverfolgung zu entgehen (vgl. BN v. 07.09.20 u. 02.11.20), hielt sich Morales vorübergehend im Ausland auf, kehrte jedoch nach dem Wahlsieg seines Parteifreundes Luis Arce bei der Präsidentschaftswahl im

Oktober 2020 (vgl. BN v. 26.10.20) nach Bolivien zurück und übernahm wieder den Vorsitz der von ihm gegründeten Movimiento al Socialismo (MAS) (vgl. BN v. 23.11.20).

Burundi

UN-Untersuchungskommission übt Kritik an Menschenrechtsslage

Bezüglich der Menschenrechtsslage im Land äußerte sich die UN-Untersuchungskommission kritisch. Der Vorsitzende der Untersuchungskommission, Doudou Diène, erkenne zwar erste symbolische Schritte und Absichtserklärungen, bewerte diese jedoch als nicht ausreichend, um eine dauerhafte Verbesserung der Situation zu erreichen.

Vor allem im Sommer 2020 sei es demnach zu mehreren sicherheitsrelevanten Vorfällen gekommen, die sich gegen Rebellen richteten. Erwähnt wurde auch die Zunahme der Maßnahmen gegen Personen, die unter dem Verdacht stehen, einer bewaffneten Gruppe anzugehören oder diese zu unterstützen. Dabei listete Diène verschiedene Beispiele auf, die von willkürlichen Verhaftungen von Familienmitgliedern ehemaliger Soldaten der vorherigen burundischen Armee (FAB) bis zu außergerichtlichen Tötungen reichen. Als hauptverantwortliche Akteure benannte die Untersuchungskommission in erster Linie Mitarbeiter des Geheimdienstes (SNR) und Mitglieder der Jugendorganisation der Regierungspartei (Imbonerakure).

Ebenfalls wurde die strenge Überwachung von Mitgliedern der Oppositionspartei Congrès National pour la Liberté (CNL) kritisiert. In diesem Zusammenhang sei es in den letzten Monaten zu Verhaftungen wichtiger Vertreter der Opposition gekommen, weil diese dem Präsidenten Nkurunziza Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen hätten. Des Weiteren wies die Untersuchungskommission darauf hin, dass zwar Anfang März 2021 über 5.000 inhaftierte Menschen freigelassen wurden, darunter jedoch keine Verteidiger der Menschenrechte oder politische Gegner des Präsidenten gewesen seien.

China

Hongkong: Wahlrechtsreform beschlossen

Im Rahmen der Tagung des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China (NVK) in Peking stimmte das Parlament am 11.03.21 mit 2.895 Ja-Stimmen und einer Enthaltung für eine Reform des Wahlsystems in Hongkong. Der Beschluss sieht zum einen eine Vergrößerung des Komitees zur Wahl des Hongkonger Regierungschefs von 1.200 auf 1.500 Mitglieder vor. Die 300 neugeschaffenen Sitze sollen an Abgeordnete des NVK und der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV) gehen. Auch für das Hongkonger Parlament (Legislativrat) ist eine Erweiterung von 70 auf 90 Sitze geplant. Zum anderen plant Peking die Einsetzung eines Ausschusses, dessen Aufgabe es sein soll, Kandidaten für den Legislativrat und für das Komitee zur Wahl des Regierungschefs auf ihre Eignung hin zu prüfen. Denn zur Wahrung der Sicherheit und der Entwicklungsinteressen Chinas und der Stabilität Hongkongs müsse sichergestellt werden, dass Hongkong von Patrioten regiert werde.

Côte d'Ivoire

Regierungspartei RHDP verteidigt absolute Mehrheit

Bei der Parlamentswahl vom 06.03.21 (vgl. BN v. 08.03.21) hat Präsident Alassane Ouattaras Partei Rassemblement des Houphouëtistes pour la Démocratie et la Paix (RHDP) ihre absolute Mehrheit verteidigt. Laut Medienberichten, die auf Angaben der Wahlkommission berufen, gewann die RHDP 137 von 254 Sitzen. Das sind 30 Mandate weniger als bisher. Die Partei verliert damit in der Nationalversammlung ihre Zwei-Drittel-Mehrheit, welche es ihr bislang erlaubt hatte, Verfassungsänderungen alleine durchzusetzen. Die Parlamentswahl galt als wichtiger Test für die politische Stabilität des Landes. Im Zuge der von weiten Teilen der Opposition boykottierten Präsidentschaftswahl am 31.10.20 waren mehr als 80 Menschen zu Tode gekommen. Ouattaras politische Gegner hatten seine Kandidatur für eine dritte Amtszeit als Präsident Côte d'Ivoires als verfassungswidrig angesehen (vgl. BN v. 09.11.20). Laut Medienberichten wurde auch das Ergebnis der Parlamentswahl vom 06.03.21 von Teilen der Opposition zunächst nicht anerkannt. Beobachter werten als positiv, dass an der weitgehend ruhig verlaufenen Parlamentswahl alle wesentlichen politischen Kräfte Côte d'Ivoires teilgenommen haben.

Machtkämpfe nach Tod des Premierministers befürchtet

Premierminister Hamed Bakayoko ist am 10.03.21 in einem Krankenhaus in Freiburg an den Folgen einer Krebserkrankung gestorben. Laut Medienberichten hatte der 56-Jährige Côte d'Ivoire bereits Mitte Februar 2021 verlassen und war zunächst in Frankreich behandelt worden. Da er als möglicher Nachfolger von Präsident Alassane Ouattara galt, gehen Beobachter davon aus, dass politisch unruhige Zeiten mit Machtkämpfen in der Regierungspartei RHDP auf das westafrikanische Land zukommen könnten. Bakayoko war erst am 30.07.20 zum Nachfolger des überraschend an einer Herzerkrankung gestorbenen früheren Regierungschefs Amadou Coulibaly ernannt worden (vgl. BN v. 03.08.20).

Gambia

Situation der Frau und deren Repräsentanz in gewählten Positionen

Anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentags unter dem Motto „Frauen in Führungspositionen: Für Gleichberechtigung in einer Zukunft nach COVID-19“ forderte die von der Regierung eingesetzte Nationale Menschenrechtskommission (NHRC) eine größere und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen. Die NHRC erklärte, dass trotz eines leichten Frauenüberhanges in der Bevölkerung (52 %) ein Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern am politischen und öffentlichen Entscheidungsprozess bestehen würde. Frauen seien weiterhin in gewählten politischen Entscheidungspositionen auf der nationalen sowie lokalen Ebene unterrepräsentiert. Von den 58 Abgeordneten der Nationalversammlung seien derzeit nur sechs Frauen. Lediglich vier Frauen seien Teil des achtzehnköpfigen Kabinetts. Nur 15 % der 144 gewählten Ratsmitglieder seien Frauen und nur eine der acht Kommunalbehörden und eine der fünf Verwaltungsregionen würden unter dem Vorsitz einer Frau stehen. Es gäbe derzeit keine weiblichen Distriktvorsteher (sog. „Seyfo“) und nur wenige gewählte Dorfvorsteher (sog. „Alkalo“). Kein staatliches Unternehmen würde derzeit von einer Frau geführt.

Patriarchale Rollenbilder, Analphabetismus sowie soziokulturelle und religiöse Überzeugungen würden weiterhin die politische Partizipation sowie den sozioökonomischen Fortschritt von Frauen behindern, und Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt befeuern, welche Frauen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich erleiden würden. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sei weit verbreitet. Die Müttersterblichkeit sei weiterhin hoch. Schätzungen zufolge werde eine von drei Frauen Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt bzw. sei bereits Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt geworden. Die NHRC forderte die Regierung dazu auf, die die Frauen besonders schützenden Gesetze wie den Women's Act 2010, den Domestic Violence Act 2013, den Sexual Offences Act 2013 und den Trafficking in Persons Act 2007 konsequent durchzusetzen.

Guinea-Bissau

Journalist entführt und misshandelt

Medienberichten zufolge wurde der Journalist António Aly Silva am 09.03.21 im Zentrum der Hauptstadt Bissau von maskierten Unbekannten entführt und schwer misshandelt. Dabei wurde ihm ein Teil seiner Zunge herausgeschnitten. Reporter ohne Grenzen (RSF) forderte in einem Tweet ernsthafte und unparteiische Ermittlungen. Der Journalist selbst machte Personen, die „mit der Macht verbunden“ sind, für den Angriff verantwortlich. Aly Silva ist ein Unterstützer von Domingos Simões Pereira, Anführer der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde (PAIGC), der am 29.12.19 in einer umstrittenen Stichwahl um das Präsidentenamt unterlegen war (vgl. BN v. 13.01.20). Staatspräsident Umaro Sissoco Embaló, stritt jegliche Beteiligung ab und versprach, die Täter würden von der Justiz gesucht und bestraft.

Nach über einem Jahr in Portugal kehrte unterdessen Simões Pereira am 12.03.21 ins Land zurück. Die Polizei löste die Menschenmenge, die sich zu seinem Empfang versammelt hatte, auf. Dabei soll sie Schlagstöcke und Tränengas eingesetzt haben. Sie verwies auf das Verbot von Menschenansammlungen mit mehr als 25 Personen wegen der COVID-19-Pandemie.

Zivilgesellschaftliche Organisationen beklagen Menschenrechtsverletzungen

Im Zusammenhang mit der Entführung des Journalisten Aly Silva (siehe vorstehend) forderten 23 zivilgesellschaftliche Organisationen am 10.03.21 gemeinsam u.a. den Rücktritt des Generalstaatsanwalts sowie des

Innenministers. Im Land habe zuletzt eine Atmosphäre von Terror und Straflosigkeit mit zyklischen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Entführungen und Misshandlungen, geherrscht. Der Vizepräsident einer der Organisationen, der Guineischen Liga für Menschenrechte (Liga Guineense dos Direitos Humanos, LGDH), erklärte gegenüber der Deutschen Welle (DW) in einem Interview, man beobachte ein Klima der Einschüchterung und den „Versuch, eine Diktatur zu installieren“.

Indien

COVID-19-Pandemie: Steigende Fallzahlen

Am 12.03.21 meldete das indische Gesundheitsministerium den stärksten Anstieg von neu registrierten Corona-Fällen an einem Tag seit Ende Dezember 2020. Der westliche Bundesstaat Maharashtra sei besonders betroffen. Dort wurde ein mindestens einwöchiger Lockdown für die dicht besiedelte Stadt Nagpur sowie Maßnahmen in fünf weiteren Distrikten von Maharashtra angekündigt. Außerdem wurde in dem an die Metropole Mumbai grenzenden Distrikt Thane in 16 Hotspots eine Ausgangssperre bis Ende März 2021 verhängt.

In Indien waren die Fallzahlen seit einem Höhepunkt Ende September 2020 stetig zurückgegangen. Der Wiederanstieg wird auf vermehrte öffentliche Versammlungen und den nachlässigen Umgang mit Schutzkonzepten zurückgeführt.

Kumbh-Mela-Fest in Haridwar

Am 11.03.21 drängten sich trotz anhaltender COVID-19-Pandemie am ersten von drei Badetagen im Rahmen des Kumbh-Mela-Festes Zehntausende von Pilgern in der Stadt Haridwar im Bundesstaat Uttarakhand am Ufer des Ganges. Behörden rechneten im Vorfeld mit insgesamt 2,5 Mio. Teilnehmenden. Das Fest gehört zu den heiligsten Zeremonien im Hinduismus und findet nur alle zwölf Jahre statt.

Irak

Neue Proteste in Najaf

Am 13.03.21 und 14.03.21 kam es zu Protestkundgebungen in Najaf, die in gewaltsamen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften endeten. Anders als bei vielen ähnlichen Zusammenstößen der Vormonate gab es keine Todesopfer und es wurde keine scharfe Munition verwendet. Dennoch kam es in erheblichem Maße zu Gewaltanwendung. Die Demonstranten forderten den Rücktritt der Regionalregierung und ein Ende der Korruption.

Mord an einer Familie in Salah ad-Din

In dem Dorf al-Boudour in der Nähe Tikrits kam es in der Nacht vom 11.03.21 auf den 12.03.21 zu einem Überfall des IS, der sich einen Tag später zu dem Massaker bekannte. Dabei hatten IS-Mitglieder in Uniformen der Sicherheitskräfte vorgeblich Hausdurchsuchungen durchgeführt. Sechs Mitglieder einer Familie – sowohl männlich als auch weiblich – sowie ein Anwalt und ein Mitglied der Sicherheitskräfte wurden ermordet. Der IS veröffentlichte u.a. Aufnahmen der Opfer, die kurz vor ihrem Tod entstanden waren. Der Hintergrund der Tat scheint sowohl politisch als auch persönlich zu sein, da von Zeugen ein IS-Mitglied erkannt wurde, das früher in dem Dorf gewohnt hatte und mit den Opfern persönlich bekannt war. Mehrere Mitglieder der Familie sind Angehörige einer PMU-Miliz, die an der Vertreibung des IS aus dem Dorf beteiligt war.

Mord an einem Vater eines Aktivisten

Der Vater des im Oktober 2020 entführten Aktivisten Ali Jaseb, Jaseb Hattab, wurde am 10.03.21 in Maysan auf offener Straße durch zwei unidentifizierte Attentäter auf einem Motorrad erschossen. Erste Berichte in arabischen Medien sprachen zunächst von einer Familienfehde, doch der modus operandi und der Kontext sprechen laut irakischen Medienberichten dafür, dass die dem Iran nahestehende Miliz Ansarullah al-Awfyya'a für den Mord und der Entführung Ali Jasebs verantwortlich ist. Berichte über Angriffe auf die Familien von Aktivisten, gelegentlich auch gegen weibliche oder minderjährige Angehörige, tauchen immer wieder im Kontext der PMU-Milizen auf.

Iran

Einsatz der Armee gegen künftige Proteste im Inneren

Iranische Medien im Ausland berichten unter Verweis auf ein auf der Website des Revolutionsführers veröffentlichtes Interview mit dem Chefkommandanten der Bodestreitkräfte der iranischen Armee, Brigadegeneral Kiyumars Heidari, von der Präsenz der Armee bei der Niederschlagung der Proteste im Januar 2018. Dies wird als Novum in der jüngeren Geschichte des Landes angesehen, da die Armee bisher als unpolitisch und neutral gegolten hat. Bislang waren neben der Polizei vor allem die Revolutionsgarden und die Basij-Miliz für die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zuständig. Revolutionsführer Ayatollah Khamenei hat nach den Protesten Anfang 2018 besondere Dekrete zur Rolle der Armee im Lande erlassen. Diese erlauben künftige Einsätze gegen Unruhen und Proteste im Inneren.

Hafturteil gegen Aktivistin wegen Protest gegen Hijab-Gebot

Eine 22-jährige Aktivistin wurde von einem Berufungsgericht in Teheran wegen Gegnerschaft und Zuwiderhandlung in Bezug auf das Verhüllungsgebot in der Öffentlichkeit zu einer Haftstrafe von siebeneinhalb Jahren verurteilt. Die Frau war im Juni 2019 verhaftet und ist drei Monate später von einem Revolutionsgericht zur Höchststrafe von 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Anklagepunkte lauteten „Verbreitung moralischen Übels und der Sünde durch Ablegung des Hijab und Spaziergänge ohne Schleier“ sowie „Versammlung und Aktionen gegen die Landessicherheit“ und „Propagandaaktivitäten gegen das System“. Diese Anklagepunkte ergaben ein Gesamturteil von 24 Jahren Gefängnis. Die Mutter der Verurteilten wurde wegen Nachforschungen zum Fall ihrer Tochter und Interviews mit Medien zu einer Gefängnisstrafe von 31 Monaten verurteilt.

Der Sonderberichterstatter des Menschenrechtsrats der UN, Javid Rahman, verwies in seinem jüngsten Bericht darauf, dass Frauen und Mädchen in Teilen der iranischen Gesellschaft wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Er betonte dabei Einschränkungen in den Bereichen Ehe, Scheidung, Berufsleben und Kultur. Rahman zufolge säßen derzeit drei weitere Frauen wegen Protests gegen den Schleierzwang am Internationalen Frauentag in Haft.

Justizbehörde geht gegen Exilmusiker und Fans vor

Iranische Auslandsmedien berichten von wachsendem Druck der iranischen Justizbehörde auf den Exilmusiker Sasi Mankan (bürgerlicher Name Sasan Heidari Yafteh) und dessen Fans und Anhänger. Anlass ist ein umstrittenes Video zu Mankans neuestem Song „Tehran Tokyo“. Die Justizbehörde droht dem Sänger für den Fall einer Veröffentlichung des in Iran als anstößig eingestuften Videoclips mit internationaler Strafverfolgung. Außerdem warnte die Behörde die Fans und drohte jedem, der das Lied in der Öffentlichkeit singt oder Kopien verbreitet, mit Sanktionen. Neben einem Werbeverbot im Internet wird auch von ersten Festnahmen berichtet. Sasi Mankan lebt seit 2012 im Exil in den USA.

Jemen

Feuer in Hafteinrichtung für Migranten

Die Houthi-Rebellen werden beschuldigt, für einen Brand in einer Hafteinrichtung für Migranten in Sanaa am 07.03.21 verantwortlich zu sein. Berichten zufolge schlossen Mitglieder der Rebellengruppe mehr als 350 Migranten in einem Hangar ein und schossen Projektile durch die Fenster, was ein Feuer auslöste. Eine große Anzahl der Eingesperrten, meist Äthiopier, wurde dabei getötet oder verletzt. Die Zahl der Todesopfer variiert je nach Quelle zwischen Dutzenden und mehreren Hundert und ist schwer zu verifizieren, da die Houthis den Zugang zu den Opfern behindern. Der Grund für diesen Gewaltakt soll ein Hungerstreik der Migranten gewesen sein, die damit gegen schlechte Lebensbedingungen protestieren wollten.

Jordanien

Sieben Tote durch Sauerstoff-Ausfall

Am 13.03.21 starben sieben mit dem Coronavirus infizierte Patienten in einem Krankenhaus in al-Salt nördlich von Amman durch einen Ausfall der Sauerstoffversorgung. Die Impfkampagne steht ebenfalls vor Schwierigkeiten durch verspätete Lieferungen, Unterfinanzierung sowie begrenzte Lieferungen. Der Vorfall in al-Salt führte zu

Protesten, die ein Ende der Politik der Regierung forderten. Sie warfen der Regierung Misswirtschaft vor und verlangten ein Ende der umfassenden Restriktionen.

Kosovo

Amtliches Endergebnis der Parlamentswahl

Am 13.03.21 bestätigte die Zentrale Wahlkommission das amtliche Endergebnis der vorgezogenen Parlamentswahl vom 14.02.21. Demnach kommt die Partei Vetëvendosje (Selbstbestimmung) auf 50,28 % der gültigen Stimmen und 58 der 120 Mandate. Vetëvendosje profitierte dabei von einem starken Anteil bei den erst später ausgezählten Stimmen der Diaspora-Wählenden sowie von der Annullierung zahlreicher Stimmen für Parteien nicht-serbischer Minderheiten. Die Parteien Romani Inicijativa (RI), Ujedinjena Zajednica (Englisch: United Community) sowie Vakot Coalition hatten ihre Stimmen zu einem wesentlichen Teil in serbisch-dominierten Gemeinden bekommen, obwohl sie zur Vertretung der Roma bzw. Bosniaken angetreten waren (vgl. BN v. 01.03.21). Dies wertete die Wahlkommission als Verzerrung des Wählendenwillens hinsichtlich der für die Minderheiten reservierten Parlamentsmandate. Der Oberste Gerichtshof bestätigte die Entscheidung. Entsprechend erreicht die RI nur eines der zuvor erwarteten zwei Mandate.

Angesichts der Annullierung der Stimmen erhöhten sich auch die Stimmenanteile der anderen Parteien der albanischen Mehrheit gegenüber den ersten Auszählungen leicht. Das neue Parlament muss innerhalb von 30 Tagen nach der Bestätigung des Wahlergebnisses zur konstituierenden Sitzung zusammenkommen. Nach Medienberichten wird es einen Anteil an weiblichen Abgeordneten von knapp 40 % haben.

Vorwurf der Wahlmanipulation; Rücktritt der Außenministerin

Die amtierende Außenministerin Meliza Haradinaj-Stublla trat am 09.03.21 von ihrem Amt zurück und verließ auch ihre Partei, die Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK). Sie wolle sich, so erklärte sie, auf die Verteidigung gegen den ihrer Sicht nach falschen Vorwurf konzentrieren, ihr Ehemann habe bei der Parlamentswahl vom 14.02.21 Wahloffizielle bestochen, um den Gewinn eines Mandats für sie sicherzustellen. Ebenfalls am 09.03.21 wurden zwei Wahloffizielle festgenommen, gegen die ein Gericht in Pristina später eine 30-tägige Untersuchungshaft anordnete. Die AAK des ehemaligen Premierministers Ramush Haradinaj kam bei der Wahl mit 7,1 % der gültigen Stimmen auf den vierten Platz. Sie verlor damit fünf ihrer bisherigen 13 Mandate.

Libanon

Proteste

Am 10.03.21 wurden die Straßenblockaden der Demonstrierenden von der libanesischen Armee geräumt. Diese Straßenblockaden stehen bereits seit einer Woche in mehreren Städten des Landes, nachdem sie dort aus Protest gegen die wirtschaftliche und politische Krise im Land aufgebaut wurden. Seit einer Woche demonstrieren die Menschen im Libanon täglich. Am 12.03.21 gingen wieder tausende Menschen auf die Straße. Sie forderten eine unabhängige Regierung, die das Land aus der Krise bringt. Auch am 13.03.21 kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, als Sicherheitskräfte mit Tränengas gegen eine kleine Gruppe von Demonstrierenden in der Nähe des Parlaments vorgingen, die Steine auf die Polizisten warfen und versuchten, über die Absperrung ins Parlament zu gelangen

Wirtschaftliche Krise und COVID-19

Am 12.03.21 hat das Parlament einem Kredit der Weltbank in Höhe von 246 Mio. USD zugestimmt. Damit soll gegen die extreme Armut im Land vorgegangen werden. Die betroffenen Haushalte sollen ungefähr 100 USD pro Monat als Hilfe bekommen. Die Weltbank finanziert zum Großteil auch die Impfstrategie des Landes und hatte bereits gewarnt, dies nicht mehr zu tun, falls Parlamentarier sich bei den Impfungen vordrängten. Seit dem 14.02.21 wurden bereits 100.000 Menschen im Libanon geimpft.

Libyen

Gesamtparlament stimmt neuem Kabinett zu

In Sirte tagte vom 08.03.21 bis 10.03.21 zum ersten Mal das gesamte libysche Parlament, um über den Kabinettsvorschlag des am 05.02.21 gewählten Ministerpräsidenten Abdul Hamid Dbaiba abzustimmen. Mit großer Mehrheit stimmten die Delegierten am 10.03.21 dem Kabinettsvorschlag zu. Die neue Einheitsregierung (Government of National Unity, GNU) ist u.a. mit der Vorbereitung der geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2021 betraut. Sowohl die Regierung der Nationalen Einheit unter Führung von Fajis al-Sarradsch (GNA) als auch die in Ostlibyen amtierende Regierung unter Abdalla Thinni gaben bekannt, ihre Macht an die neugewählte Einheitsregierung zu übergeben.

In den vergangenen Wochen nach der Wahl Dbaibas zum Ministerpräsidenten durch das Libyan Political Dialogue Forum (LPDF) waren Bestechungsvorwürfe gegenüber Dbaiba im Zusammenhang mit seiner Wahl geäußert worden.

Ziviler Flugverkehr zwischen Benghazi und Misrata wiederaufgenommen

Nach sechs Jahren wurde am 09.03.21 erstmals wieder der zivile Flugverkehr zwischen der ostlibyschen Stadt Benghazi und der westlibyschen Stadt Misrata aufgenommen.

Mali

COVID-19-Pandemie

Mali erhielt am 05.03.21 eine erste Lieferung von 396.000 Impfstoffdosen aus der internationalen COVAX-Initiative. Bis Ende 2021 sollen in diesem Rahmen insgesamt 1,4 Mio. Impfstoffdosen geliefert werden. Die Impfkampagne soll offiziell im April 2021 starten.

Marokko

Erweiterung der Sandmauer im Grenzgebiet der Westsahara

Marokko soll die Sandmauer im Grenzgebiet Westsahara/Algerien um 50 km erweitert haben, um das Gebiet gegen Drogenschmuggler und illegale Einwanderer, zu sichern. Die Sandmauer ist ca. 2.700 km lang und mit Stacheldraht und einem modernen Überwachungssystem versehen. Am 13.11.20 haben die marokkanischen Streitkräfte eine Blockade der Polisario im Grenzgebiet zu Mauretanien aufgelöst und einen Sicherheitskorridor für Waren und den Personenverkehr eingerichtet (vgl. BN v. 16.11.20).

Montenegro

Sprachenstreit flammt wieder auf

Laut aktuellen Medienberichten haben Anhänger selbsternannter patriotischer Organisationen am 08.03.21 anlässlich von Protesten gegen die neue Regierung in der Stadt Cetinje versucht, in das Gebäude des Ministeriums für Bildung, Kultur, Wissenschaft und Sport einzudringen. Unter Beteiligung von Professoren der Fakultät für montenegrinische Sprache und Literatur hätten die Aktivisten die ihrer Meinung nach proserbische Regierung der Voreingenommenheit gegenüber der montenegrinischen Sprache beschuldigt und ihr die Absicht unterstellt, die Fakultät und damit einzige Bildungseinrichtung dieser Art in Montenegro schließen zu wollen. Der Dekan der Fakultät habe dem neuen Premierminister Zdravko Krivokapic vorgeworfen, Montenegro als einen serbischen Staat zu betrachten. Das Bildungsministerium habe in einer auf die Proteste folgenden Erklärung dem Dekan Irreführung der Öffentlichkeit vorgeworfen und die stabile Finanzierung von Fakultät und Gehältern zugesichert. Montenegrinisch, seit 2011 auch Amtssprache im Bildungssystem, wird laut letzter Volkszählung von 36 % der Bevölkerung, Serbisch von 44 % gesprochen.

EGMR bestätigt Verstöße der Polizei gegen Menschenrechtskonvention in 2015

Laut aktuellen Medienberichten hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am 11.03.21 entschieden, dass die Sonderpolizeinheit von Montenegro (SAJ) bei Oppositionsprotesten im Oktober 2015 gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und damit gegen ihre Befugnisse gegenüber Demonstrierenden verstoßen hat. Den zwei Klägern sei finanzieller Schadenersatz wegen unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung während ihrer Verhaftung zugesprochen worden. Ihre Misshandlung sei durch Videomaterial hinreichend belegt und auch zuvor durch den Ombudsmann sowie montenegrinische Gerichte, einschließlich des Verfassungsgerichtes, festgestellt worden. Das Urteil des EGMR betone aber Verfahrensmängel wie mangelnde Transparenz, Gründlichkeit und Unabhängigkeit bei der damals zuständigen Staatsanwaltschaft, insbesondere auch bei der Identifizierung beteiligter Polizisten.

Myanmar

Gewaltsames Vorgehen gegen Protestbewegung, Lage zunehmend angespannt

Am 08.03.21 wurden bei Demonstrationen im Rahmen eines erneuten landesweiten Generalstreiks in Myitkyina und in Pyapon drei Menschen von Sicherheitskräften erschossen. Protestaktionen fanden außerdem in Yangon (Rangun), Mandalay, Bagan, Monywa und in anderen Orten statt. Obwohl die Militärregierung im Vorfeld mit sofortigen Entlassungen gedroht hatte, war die Beteiligung an den Streiks erneut hoch. Die von der Junta geplante Wiedereröffnung der Banken war nicht möglich. Stark betroffen von den Arbeitsniederlegungen sind außerdem der Schienenverkehr sowie Krankenhäuser und Hochschulen.

Während nächtlicher Razzien in Wohnvierteln in Yangon nahmen Sicherheitskräfte am 08.03.21 Zaw Myat Lynn, Mitglied der National League for Democracy (NLD) und Leiter einer Bildungseinrichtung, fest. Am 09.03.21 gab das Militär seinen Tod bekannt. Zaw Myat Lynn hatte über Facebook zur Weiterführung der pro-demokratischen Proteste aufgerufen. In Bago wurde am 09.03.21 Ko Ja Mar, NLD-Mitglied und Leibwächter der gestürzten Regierungschefin Aung San Suu Kyi, festgenommen. Er ist eine von Hunderten Personen, deren Aufenthaltsort nach nächtlichen Festnahmen in ihren Wohnungen unbekannt ist.

Unterstützung bekam die Protestbewegung unterdessen durch die beiden ethnischen Guerillagruppen Karen National Liberation Army (KNLA) und Ta'ang National Liberation Army (TNLA). Die bewaffneten Gruppen wollen neben Demonstrierenden auch die wachsende Zahl von Abtrünnigen der Polizei beschützen.

Am 11.03.21 wurden bei einer Demonstration in Myaing mindestens sieben Menschen durch Schüsse von Sicherheitskräften getötet. In Mandalay schoss die Polizei in einen von buddhistischen Mönchen angeführten Demonstrationzug und tötete eine Person. Bei Demonstrationen in Myingyan, Yangon und Bago wurde jeweils ein Mann getötet. Einen weiteren Toten soll es in Dawei gegeben haben.

Protestierende, die am 10.03.21 in Myeik vorübergehend festgenommen worden waren, berichteten von Misshandlungen durch Soldaten und Polizisten.

Lokalen Medienberichten zufolge kam es am 11.03.21 zu einem Zusammenstoß zwischen dem Militär und der Kachin Independence Army (KIA). Die KIA soll ohne einen entsprechenden Befehl des Zentralkommandos ein Militärcamp in der Nähe des Dorfes Sal Zin überfallen haben. Daraufhin soll das Militär einen Gegenangriff mit Kampfjets (anderen Angaben zufolge mit Helikoptern) gestartet haben. KIA-Sprecher Col Naw Bu berichtete von mehreren Überfällen durch das Militär auf KIA-Posten im Shan-Staat seit dem Putsch am 01.02.21. Die KIA bekannte sich zu der Protestbewegung gegen die Militärherrschaft und drohte mit einem Gegenschlag, sollten die Sicherheitskräfte weiterhin gewaltsam gegen Demonstrierende im Kachin-Staat vorgehen.

In Taunggyi soll am 11.03.21 ein für die Deutsche Presseagentur arbeitender Journalist von Soldaten festgenommen und geschlagen worden sein.

Am 12.03.21 fanden sich in mehreren Städten Tausende Menschen zu Mahnwachen für die getöteten Demonstrierenden zusammen. Im Rahmen dieser und anderer Protestaktionen kamen bis zum 13.03.21 in Mandalay, Yangon, Pyay und Chauk mindestens zwölf Menschen ums Leben, darunter ein Mönch, eine Schwangere und ein 13 Jahre altes Kind.

Am 14.03.21 wurden bei Protesten in Yangon, Mandalay, Bago und Hpakant mindestens 39 Menschen getötet, 35 davon in Yangon. Die chinesische Botschaft berichtete von Angriffen auf mehrere chinesische Fabriken in Yangon und forderte Myanmar zur Wiederherstellung der Ordnung auf. Daraufhin verhängte die Junta das Kriegsrecht in

den beiden Stadtteilen Hlaing Tharyar und Shwepyitha. Dieses wurde am 15.03.21 auf weitere Stadtteile ausgeweitet.

Insgesamt kamen bei den Protesten gegen den Militärputsch unterschiedlichen Angaben zufolge 126 bis 134 Menschen ums Leben. Die Zahl der Festnahmen stieg auf 2.156.

ai: Einsatz von Kriegswaffen gegen friedliche Demonstrierende

Am 11.03.21 veröffentlichte Amnesty International (ai) eine auf der Auswertung von Videomaterial basierende Analyse, wonach die Tötungen von Protestierenden durch Militär und Polizei einem systematischen und koordinierten Vorgehen folgen. Weiterhin identifizierte ai unter den gegen die Protestbewegung eingesetzten Sicherheitskräften mehrere Militäreinheiten, die für die Begehung von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen an ethnischen Minderheiten in den Staaten Kachin, Shan und Rakhine bekannt sein sollen.

UN-Sicherheitsrat verurteilt Militärgewalt

Bei einer erneuten Zusammenkunft einigten sich alle Mitglieder des UN-Sicherheitsrats auf eine am 10.03.21 veröffentlichte Stellungnahme, in der die Gewalt gegen friedliche Protestierende verurteilt und die sofortige Freilassung aller Festgenommener, einschließlich der Mitglieder der im November 2020 gewählten Zivilregierung, gefordert wird. Zeitgleich gaben die USA die Verhängung weiterer Sanktionen gegen das Militärregime über das US-Finanzministerium bekannt. Am 12.03.21 verkündete das Ministerium für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten einen vorübergehenden Ausweisungsstopp für etwa 1.600 myanmarische Staatsangehörige in den USA.

Untergetauchte Zivilregierung meldet sich zu Wort

Am 13.03.21 rief der sich auf der Flucht befindliche geschäftsführende Vizepräsident der abgesetzten Zivilregierung Mahn Win Khaing Than die Bevölkerung zur Fortsetzung der Proteste auf und kündigte eine Revolution an. Das von Mahn Win Khaing Than mitbegründete Committee for Representing the Union Parliament (CRPH), das sich um internationale Anerkennung als Myanmars rechtmäßige Regierung bemüht, strebe die Bildung einer föderalen Demokratie unter Einbeziehung aller ethnischen Gruppen im Land an.

Korruptionsvorwürfe gegen Aung San Suu Kyi

Gegen die sich weiterhin im Hausarrest befindliche Aung San Suu Kyi erhob das Militärregime Korruptionsvorwürfe. Dies gab Junta-Sprecher Zaw Min Tun bei einer Pressekonferenz in Naypidaw am 11.01.21 bekannt. Demnach habe Suu Kyi 600.000 USD sowie elf Kilogramm Gold im Wert von 680.000 USD angenommen. Beweise legte die Junta bisher nicht vor. Suu Kyi soll am 15.03.21 erneut per Videoschleife von einem Gericht verhört werden.

Niger

Tausende fliehen vor Gewalt aus dem benachbarten Nigeria

Nach einem Bericht des UNHCR sind im Jahr 2021 bereits mehr als 7.660 Menschen vor zunehmender Gewalt im Nordwesten des benachbarten Nigerias in die Region Maradi im Süden Nigers geflohen. Von den mittlerweile fast 100.000 Vertriebenen in Maradi seien 77.000 Menschen über die Grenze aus Nigeria gekommen, um bewaffneten Gruppen und Auseinandersetzungen auf kommunaler Ebene in den nigerianischen Bundesstaaten Katsina, Zamfara und Sokoto zu entkommen. Aber auch aus Maradi selbst berichten Geflüchtete von einem Anstieg der Gewalt in Form von Morden, Entführungen und Plünderungen von Dörfern. Der UNHCR arbeitet nach eigenen Angaben eng mit der nigrischen Regierung zusammen, um die Menschen von der Grenze an sichere Orte im Landesinneren zu bringen.

Mo-Ibrahim-Preis für Mahamadou Issoufou

Mahamadou Issoufou, bis zur Vereidigung seines Nachfolgers noch geschäftsführender Inhaber des Präsidentenamtes, hat den Mo-Ibrahim-Preis erhalten. Er ist damit der sechste Empfänger dieser mit 5 Mio. USD dotierten Auszeichnung, die seit 2007 an herausragende afrikanische Führungspersonlichkeiten verliehen wird. Voraussetzung ist u.a. die Einhaltung der von der Verfassung vorgegebenen Amtszeit. Issoufou hat sich nach zwei Amtsperioden bei der letzten Präsidentschaftswahl nicht wieder aufstellen lassen und damit einen Grundstein für den ersten demokratischen Machtwechsel in Niger gelegt.

Der Vorsitzende des Gremiums hob hervor, dass während Issoufous Präsidentschaft der Anteil der nigrischen Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt, von 48 % auf 40 % gefallen sei.

Nigeria

Erneut Entführung Dutzender Schüler

Am 11.03.21 ist es zum wiederholten Mal innerhalb weniger Wochen zur Entführung zahlreicher Schüler gekommen. Nach Behördenangaben stürmten unbekannte bewaffnete Angreifer das Federal College of Forestry Mechanization im nördlichen Bundesstaat Kaduna und entführten 39 Mädchen und Jungen. Viele andere Schüler seien bei der Attacke verletzt worden. Sicherheitskräfte hätten die Verfolgung der Angreifer aufgenommen. Laut Medienberichten ist zwei Tage nach der Tat ein Video mit Lösegeldforderungen aufgetaucht. In den nördlichen Bundesstaaten hat sich seit Dezember 2020 eine Reihe von Entführungen im Zusammenhang mit Überfällen auf Schulen ereignet (vgl. BN v. 21.12.20, 22.02.21 u. 08.03.21). Weitere Entführungsversuche wurden laut Behördenangaben von Sicherheitskräften vereitelt. Im Kampf gegen kriminelle Banden hatte Präsident Muhammadu Buhari erst vor kurzem einen Schießbefehl auf alle illegalen Träger von Kalaschnikow-Sturmgewehren (AK-47) erteilt. Nur Sicherheitskräften sei die Verwendung solcher Waffen erlaubt. Kalaschnikow-Sturmgewehre gelten als Standardwaffe nigerianischer Banden.

Pakistan

COVID-19-Pandemie: Zweite Impfphase

Am 10.03.21 begann nach Regierungsangaben in Pakistan die zweite Impfphase zum Schutz gegen das Coronavirus. Über 60-jährige Bürger sollen etappenweise ihre erste Dosis in Impfzentren für Erwachsene erhalten.

Todesstrafe gegen Christen wegen Blasphemie

Am 10.03.21 hat das Obergericht in Lahore (Punjab) die lebenslange Haftstrafe eines wegen Prophetenbeleidigung (Blasphemie) verurteilten Christen in Todesstrafe umgewandelt. Der 28-Jährige war 2011 wegen einer den Propheten Mohammed mutmaßlich beleidigenden SMS der Blasphemie beschuldigt worden.

Pakistan / Iran

Demonstrationen nach Tötung von Belutschen in Iran

Anfang März 2021 demonstrierten politisch aktive Personen, die sich für die Rechte der ethnischen Minderheit der Belutschen einsetzen, in der südpakistanischen Metropole Karachi (Sindh) in Reaktion auf gewaltsame Unruhen und Internetabschaltungen in der südöstlichen, an Pakistan grenzenden iranischen Provinz Sistan-Baluchestan. Nach Angaben von Human Rights Watch (HRW) seien am 22.02.21 mindestens zehn mutmaßliche pakistanische Schmuggler, die der ethnischen Minderheit der Belutschen angehörten, im iranisch-pakistanischen Grenzgebiet von iranischen Grenzschutzbeamten getötet worden. Die Demonstrierenden fordern neben Entschädigung für die Hinterbliebenen der Getöteten von der iranischen Regierung, keine Gewalt mehr gegen Schmuggler anzuwenden, die kaum andere Möglichkeiten hätten, ihren Lebensunterhalt in der von Armut betroffenen pakistanischen Provinz Balochistan zu bestreiten.

Republik Kongo

Kurz vor Wahl: Festnahme eines führenden Menschenrechtsaktivisten

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge nahmen am 11.03.21 in Brazzaville zivilgekleidete Personen den Menschenrechtsaktivisten Dr. Alexandre Ibacka Dzabana fest. Sein Rechtsanwalt habe die Festnahme bestätigt und erklärt, dass er seinen Mandanten in den Räumlichkeiten des Geheimdienstes und Dokumentationszentrums identifiziert habe. Die Behörden hätten ihm bisher ein Mandantengespräch verwehrt.

Dzabana sähe sich dem Vorwurf der Bedrohung der inneren Sicherheit und Destabilisierung des Wahlprozesses mit Hilfe von im Ausland ansässiger kongolesischer Offiziere ausgesetzt. Seine Festnahme erfolgte zehn Tage vor den für den 21.03.21 angesetzten Präsidentschaftswahlen. Dzabana ist Koordinator der kongolesischen Plattform für Nichtregierungsorganisationen für Menschenrechte und Demokratie, Mitglied der M22-Bewegung sowie der Turn the Page-Koalition. Die Zivilgesellschaft sowie diverse NGOs forderten die sofortige Freilassung Dzabanas sowie die Freilassung des im Februar 2021 festgenommenen regierungskritischen Journalisten Raymond Malonga (vgl. BN v. 15.02.21).

Russische Föderation

Festnahmen bei Treffen der Opposition

Bei einer Versammlung der russischen Opposition in Moskau sind am 13.03.21 nach Angaben des Innenministeriums rund 200 Menschen festgenommen worden. Abgeführt und in Gefangenentransporter gebracht wurden u.a. die bekannten Oppositionspolitiker Wladimir Kara-Mursa, Ilja Jaschin, Andrej Piwowarow und Jewgeni Roisman. Einige erklärten nach Stunden, wieder auf freiem Fuß zu sein. Auch Journalisten wurden am Versammlungsort, einem Hotel, zeitweilig festgehalten. Unter dem Titel „Kommunales Russland“ wollten sich Abgeordnete aus dem ganz Land miteinander vernetzen. Zwei Tage lang sollten Strategien besprochen werden, um langfristig das Machtmonopol der Kremlpartei Einiges Russland zu brechen. Eine halbe Stunde nach Beginn der Veranstaltung betraten Sicherheitskräfte den Saal und erklärten sie für beendet. Die Polizisten begründeten ihr Vorgehen mit der Tätigkeit einer in Russland unerwünschten Organisation. Damit ist wahrscheinlich die Organisation „Offenes Russland“ des im Westen lebenden früheren russischen Konzernchefs Michail Chodorkowski gemeint, deren Koordinator Kara-Mursa ist und die in Russland vor einigen Jahren zur unerwünschten Organisation erklärt wurde. Einige Medien hatten das Treffen zuvor als Schulterchluss der Bewegung Chodorkowskis mit Unterstützern des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny interpretiert. Das Team Nawalyns wirbt immer wieder für das Prinzip der „klugen Abstimmung“ bei Wahlen: Wähler sollen demnach für beliebige Kandidaten stimmen, nur nicht für die der Kremlpartei.

Saudi-Arabien

Urteil gegen Frauenrechtsaktivistin bestätigt

Am 10.03.21 bestätigte ein auf Terrorismus spezialisiertes Strafgericht das Urteil von sechs Jahren Haft gegen Loujain al-Hathloul, wogegen diese in Beschwerde eingelegt hatte. Nach bereits drei Jahren Haft wegen unterstellter Beihilfe zum Terrorismus, wurde al-Hathloul im Februar 2021 vorzeitig entlassen. Sie steht jedoch unter dreijähriger Bewährung sowie einem fünfjährigen Reiseverbot. Die Verurteilte setzte sich für die Aufhebung des Fahrverbotes für Frauen und die Abschaffung des Konzepts der männlichen Vormundschaft über Frauen ein.

Senegal

Lage nach Unruhen weiterhin angespannt

In Dakar war die Lage am 08.03.21 nach der Verhaftung des Oppositionsführers Ousmane Sonko am 03.03.21, weiter angespannt. Lokale Medien berichteten von Panzern und Straßensperren in der senegalesischen Hauptstadt. Verhindert werden sollten Demonstrationen, zu denen die neue oppositionelle „Bewegung zur Verteidigung der Demokratie“ (M2D) aufgerufen hatte. Vorsorglich blieben die Schulen geschlossen. Ein Gericht in Dakar klagte den Oppositionsführer am 08.03.21 wegen Vergewaltigung an. Die Opposition spricht von einem politischen Prozess, da Sonko als aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2024 gilt. Amtsinhaber Macky Sall dürfte dann verfassungskonform nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren, wobei sich die Gerüchte halten, dass Sall noch nicht von der Macht lassen will. Die Spannungen ließen etwas nach, nachdem Sonko am 08.03.21 auf Kautions aus der Haft entlassen wurde. Nach Informationen von Amnesty International (ai) sind seit Beginn der Proteste mindestens acht Menschen getötet worden. Präsident Macky Sall versucht die Bevölkerung zu beruhigen und hat angekündigt, die abendliche Ausgangssperre, die wegen der COVID-19-Pandemie verhängt wurde, in den Hot-Spots zu verkürzen. Dies soll auch helfen, die wirtschaftliche Situation vieler Menschen zu erleichtern. Nach einem

Trauertag wegen der getöteten Demonstrierenden am 12.03.21 wurde zu neuen, friedlichen Demonstrationen aufgerufen.

Südsudan

Weitere Rebellengruppen sollen in Regierung aufgenommen werden

Medien berichten, dass mehrere Rebellengruppen, welche ursprünglich nicht in das Friedensabkommen des Jahres 2018 inkludiert wurden, am 11.03.21 eine Grundsatzerklärung zum Waffenstillstand und zur Wiederaufnahme in die Regierung unterzeichneten. Diese Erklärung soll als Leitfaden für die folgenden Verhandlungen mit der Regierung dienen und verpflichtet beide Parteien erneut auf das Übereinkommen zur Einstellung aller Feindseligkeiten, welches 2020 in Rom geschlossen wurde. Der Sitzung zur Unterzeichnung der Grundsatzerklärung wohnten auch Vertreter Kenias, Ugandas, der Europäischen Union, des Sudan, Großbritanniens und der Schweiz bei. Als Vertreter der South Sudan Opposition Movement Alliance (SSOMA) unterzeichneten Pagan Amum, ehemaliger Generalsekretär der sudanesischen Volksbefreiungsbewegung, und Paul Malong, ehemaliger befehlshabender General der Streitkräfte, die Erklärung.

Syrien

Zehn Jahre Syrienkonflikt

Laut einem UNICEF-Bericht vom 10.03.21 sind seit 2011 beinahe 12.000 Kinder zu Tode gekommen oder wurden verletzt. Mehr als 5.700 wurden zwangsrekrutiert. Eine Veröffentlichung des International Committee of the Red Cross vom 10.03.21 zeigte, dass 47 % der 18-25-jährigen Syrer einen nahen Verwandten oder Freund während des Konflikts verloren haben. Der UNHCR veröffentlichte in einer Pressemitteilung am 12.03.21, dass 5,5 Mio. Syrer im Ausland Schutz gesucht haben, während 6,7 Mio. im Inland geflohen sind. 86 % der im Ausland lebenden Kinder wollten nicht nach Syrien zurückkehren, wie aus Befragungsergebnissen der Organisation Save the Children hervorging.

Insgesamt starben laut der oppositionellen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte seit Beginn des Konflikts 2011 beinahe 400.000 Menschen im Land.

Togo

COVID-19-Pandemie: Impfstart

Am 07.03.21 erhielt Togo die ersten 156.000 Impfdosen durch die COVAX-Initiative. Die Impfkampagne begann am 10.03.21. Zuerst sollen Bedienstete des Gesundheitswesens und Personen über 50 Jahre im Raum der Hauptstadt Lomé geimpft werden.

Oberstes Gericht bestätigt Erscheinungsverbot für zwei Zeitungen

Das Oberste Gericht bestätigte am 09.03.21 die Entscheidungen der Medienaufsichtsbehörde Haute Autorité de l'Audiovisuel et de la Communication (HAAC) vom Januar bzw. Februar 2021, das Erscheinen der Zeitung L'Alternative für vier Monate zu verbieten und der Zeitung L'Indépendant Express dauerhaft die Lizenz zu entziehen. L'Alternative hatte in einem am 02.02.21 erschienenen Artikel einen Minister des Betrugs im Zusammenhang mit einem Immobiliengeschäft bezichtigt. L'Indépendant Express hatte in einem Artikel vom 29.12.20 Ministerinnen Diebstahl vorgeworfen.

Türkei

Urteil wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen

Ein Gericht in Ankara verurteilte am 08.03.21 die Journalisten Muyesser Yildiz und Ismail Duken wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen. Yildiz, der Nachrichtenredakteur von Ankara für die Nachrichten-Website OdaTV, wurde zu drei Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt und Duken, der Ankara-Vertreter des Senders TELE1, zu einer

Haftstrafe von einem Jahr und 15 Tagen. Bei der Berichterstattung ging es um das militärische Engagement der Türkei in Libyen.

Demonstrationen am Weltfrauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentags demonstrierten am 08.03.21 Frauenrechtlerinnen, Aktivistinnen und Oppositionelle in Istanbul gegen Diskriminierung und häusliche Gewalt. Laut Medienberichten wurden allein bis März 2021 mehr als 60 Türcinnen von Partnern oder Angehörigen getötet. Der Justiz wird vorgeworfen gegen Täter milde Urteile zu fällen. Zudem kritisierten Demonstrierende feindliche Aussagen von Regierungsvertretern gegen LGBTIQ, die zu Diskriminierung beitragen. Zwei Tage nach der Demonstration wurden 13 Frauen, wegen des Vorwurfs gegen das Demonstrationsrecht verstoßen und den Präsidenten beleidigt zu haben, zunächst verhaftet und dann unter Auflagen wieder freigelassen.

Gerichtsurteil im Mordfall Andrej Karlow

Am 09.03.21 wurden fünf Angeklagte wegen des Mordes am russischen Botschafter Andrej Karlow 2016 in Ankara zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Sechs weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Acht Angeklagte erhielten Medienberichten zufolge Strafen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Dem Attentäter selbst, der kurz nach der Tat von Spezialkräften getötet worden war, warf die Justiz vor, der Gülen-Bewegung anzugehören. Für die Tat steht auch der in den USA lebende Fethullah Gülen unter Anklage; ein gesondertes Gerichtsverfahren gegen ihn und weitere Angeklagte soll getrennt verhandelt werden.

Ukraine

Menschenrechte unter Druck

Die anhaltende COVID-19-Lage wirkt sich im Kontext des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine nach einem Bericht des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vom 11.03.21 negativ auf die Menschenrechtssituation aus. Von den verhängten Bewegungsbeschränkungen zur COVID-19-Eindämmung seien insbesondere Personen aus den separatistischen Gebieten betroffen, die zum Zweck der Inanspruchnahme von Dienstleistungen und Pensionszahlungen auf Reisen in die ukrainisch kontrollierten Gebiete angewiesen seien. Zwar habe sich die Sicherheitslage in der Konfliktzone in jüngster Zeit verbessert, es gebe allerdings nach wie vor dokumentierte Menschenrechtsverletzungen an Zivilpersonen sowohl durch ukrainische als auch separatistische Sicherheitskräfte. Zudem sei die anhaltende Praxis von inoffiziellen Internierungseinrichtungen des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU für Personen mit vermuteten Verbindungen zu den Separatistengebieten ein Verstoß gegen das ukrainische Strafgesetzbuch.

Vietnam

Urteile im Dong Tam Landrechtskonflikt bestätigt

Am 09.03.21 wurden in einem Berufungsgericht in Hanoi die Urteile gegen fünf Aktivisten und eine Aktivistin aus der Kommune Dong Tam bestätigt, darunter zwei Todesurteile. Den Urteilen vom 14.09.20 ging ein Landrechtskonflikt in der nahe Hanoi gelegenen Kommune voraus, in dessen Verlauf im Januar 2020 drei Polizisten und der Dorfvorsteher getötet wurden (vgl. BN v. 13.01.20 u. 21.09.20). In Vietnam ist alles Land Staatseigentum. Der Staat vergibt Nutzungsrechte. Immer wieder kommt es zu Konflikten u.a. mit Bauern, wenn Land für Bauprojekte umgewidmet wird und Betroffene sich nicht ausreichend entschädigt oder als Opfer von Korruption sehen.

Blogger verhaftet

Am 09.03.21 wurde in der Provinz Ninh Binh der Facebooknutzer Tran Quoc Khanh wegen regierungskritischer Veröffentlichungen in sozialen Medien verhaftet. Medienberichten zufolge habe er u.a. über Menschenrechte gebloggt.

Haftstrafen für Unterstützende der Provisional National Government of Vietnam

Für ihre Beteiligung an der Exilorganisation Provisional National Government of Vietnam wurden am 11.03.21 vier Personen von einem Gericht in der Provinz Binh Phuoc wegen Aktivitäten zum Umsturz der Regierung zu Haftstrafen zwischen fünf und 13 Jahren verurteilt. Die in den USA ansässige Organisation ist seit 2018 von der vietnamesischen Regierung als terroristische Organisation eingestuft.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

BN-Redaktion@bamf.bund.de